

Willkommen in Braunschweig

Teilnahme und Teilhabe sind die Schlüssel für eine gelungene Integration

Strategiepapier zur Kommunalpolitik in Braunschweig

Weltweit sind 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Jetzt kommen von diesen Menschen auch Millionen nach Europa.

Viele Geflüchtete haben die Bundesrepublik Deutschland zum Ziel. Die Verhältnisse in ihrer Heimat und den Nachbarländern trieben sie auf den langen, beschwerlichen und gefährvollen Weg bis zu uns. Viele von ihnen wären gern in ihrer Heimat oder in den Nachbarländern, in die sie zunächst geflohen waren, geblieben.

Die Mitmenschlichkeit verpflichtet uns, diesen Menschen zu helfen. Dieser hohe Wert unserer Zivilisation ist in unserem Grundgesetz, besonders im Asylrecht, und international in der Genfer Flüchtlingskonvention verbindliches Recht geworden.

Unsere Demokratie, unsere Freiheiten und unser Rechtsstaat verheißen ein friedvolles Leben für Menschen, die ihre Staaten aufgrund von Krieg, Gewalt, staatlicher Verfolgung und wirtschaftlicher Not oder Perspektivlosigkeit verlassen.

Die plötzlich hohe Anzahl von Geflüchteten in der Bundesrepublik stellt uns vor eine große nationale und gesellschaftliche Herausforderung. Die Anzahl der Geflüchteten wird auch in den kommenden Jahren hoch sein.

Wir werden die Fluchtursachen kurzfristig nicht beseitigen. Wir sind gefordert, die Menschen aufzunehmen, die Hilfe, Schutz und Sicherheit benötigen. Deutschland, eines der reichsten Länder der Welt, kann das und muss ein gutes Beispiel geben.

Wir sehen Bund, Länder und Kommunen in einer Verantwortungsgemeinschaft, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Alle sind jetzt gefordert, ihren Beitrag zur Unterbringung, Betreuung und Integration von Geflüchteten zu leisten und sich auf die bei uns bleibenden neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger vorzubereiten. Das ist eine Aufgabe für die Stadt Braunschweig! Das ist ein Auftrag an uns Bürgerinnen und Bürger der Stadt Braunschweig. Dieser Aufgaben haben wir uns bereits angenommen!



Bild: [Creative Commons](#) BY-SA 3.0
Heinrich-Böll-Stiftung, Fotograf Stephan Röhl

Rahmenbedingungen in Braunschweig

Die Stadt Braunschweig ist Standort einer Landesaufnahmebehörde (LAB), die im Stadtteil Kralenriede in der ehemaligen Husarenkaserne angesiedelt ist. Geflüchtete kommen nach Braunschweig um sich registrieren zu lassen. Sie erhalten eine medizinische Grunduntersuchung, die im städtischen Gesundheitsamt erfolgt. In der Regel nach einigen Monaten Aufenthalt werden sie auf umliegende Städte und Gemeinden verteilt. Aktuell diskutiert wird, ob Geflüchtete mit geringen Aussichten auf eine dauerhafte Bleibeperspektive in der Bundesrepublik bis zu einer Entscheidung über gewährtes Asyl in den Aufnahmestellen verbleiben.

Die Stadt Braunschweig wird voraussichtlich ab dem kommenden Jahr zur dauerhaften Aufnahme

von Geflüchteten verpflichtet. Sie hat im Gegensatz zu vielen anderen Städten die Chance, sich mit ausreichendem Vorlauf darauf vorzubereiten.

Die LAB in Braunschweig ist für bis zu 800 Menschen ausgelegt. Derzeit leben mehrere tausend Menschen, überwiegend Männer, dort auf engstem Raum, ohne jegliche Privatsphäre und ohne Aufgaben. Mit der einziehenden Kälte wird der Aufenthalt im Freien eingeschränkt. Entsprechend wächst die Gefahr des „Lagerkollers“. Vereinzelt Konflikte innerhalb und außerhalb der LAB lassen sich deshalb kaum vermeiden. Besonderen Schutz bedürfen innerhalb dieser Situation Frauen, Kinder und homosexuelle Menschen.

Besonderer Schutz für Frauen und Kinder

Frauen sind auf der Flucht besonderen Gefährdungen ausgesetzt (z.B. Verschleppung, und/oder sexuellen Übergriffen und Vergewaltigung). Sie dürfen in Deutschland keinen weiteren Gefährdungen ausgesetzt werden. Frauen und Kindern muss in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften Schutz vor möglichen Übergriffen durch Männer garantiert werden.

Die Schaffung geschützter Räume und Rückzugsmöglichkeiten für Frauen muss gewährleistet sein, um ihnen die Möglichkeit zu geben, das vor und während der Flucht Erlittene zu überwinden und für sich und ggf. ihre Kinder eine Perspektive zu entwickeln.

Für Frauen, die Gewalterfahrungen gemacht haben, muss der Zugang zum Hilfesystem sichergestellt werden. Dazu gehört, dass ausgebildete Dolmetscher/innen und Sprachvermittler/innen kostenfrei zur Verfügung stehen bzw. die Kostenübernahme geregelt wird. Beratungsstellen, die auf diese Anforderungen eingestellt sind bzw. sich darauf einstellen, müssen zusätzlich gefördert werden.

Viele Geflüchtete leben bereits dauerhaft in Braunschweig

Nicht zu vergessen ist, dass bereits viele Geflüchtete dauerhaft in Braunschweig leben. Sie sind bei Freundinnen und Freunden untergekommen oder sind ihren hier lebenden Familienmitgliedern gefolgt. Diese Menschen dürfen wir aktuell nicht aus dem Blick verlieren. Sie brauchen Hilfe und Unterstützung für den Start in ein neues Leben in einer für sie neuen Welt.

Braunschweig bietet mehr als 200 unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten eine sichere Bleibe. Viele von ihnen werden dauerhaft in Braunschweig leben. Ihre zum Teil gemeinsame Flucht hat sie dabei freundschaftlich zusammengebracht. Für diese Gruppen suchen wir geeignete Räumlichkeiten, um sie zu betreuen, ihre Ausbildung zu fördern und somit dauerhafte Perspektiven aufzubauen.

Die hohe Anzahl von Menschen, die unser Land nicht kennen, unsere Sprache noch nicht sprechen und viele unserer Werte und Gepflogenheiten noch nicht kennen, lösen bei einer steigenden Anzahl von Braunschweigerinnen und Braunschweigern Unbehagen aus. Es gibt Ängste, die wir sehr ernst nehmen müssen: Angst vor Überfremdung, Angst vor der Kürzung von Transferleistungen (weil die Kosten für Geflüchtete steigen), Angst vor Handlungsunfähigkeit von Verwaltung und Institutionen, Angst vor Überforderung, Angst vor Veränderung im gesellschaftlichen Zusammenleben. Mit diesen Ängsten kann und muss eine gefestigte Demokratie und ein wirtschaftlich stabiler Staat wie die Bundesrepublik Deutschland umgehen. Wir Grünen in Braunschweig sagen, dass wir das mit vereinten Kräften meistern werden.

Es gibt drei große Herausforderungen:

- die gute Versorgung und Organisation in der Erstaufnahme
- die Qualifizierung der Neubürgerinnen und -bürger für den Lebensalltag in Braunschweig und für den Arbeitsmarkt
- die gesellschaftliche Integration mit vielen Möglichkeiten der gegenseitigen Begegnung und

des Austausch für ein gutes Miteinander.

Zu bedenken ist, dass viele Aufgaben in der Zuständigkeit des Landes Niedersachsen liegen. Die Stadt Braunschweig kann nach Kräften die Arbeit des Landes unterstützen. Es gibt darüber hinaus zahlreiche Instrumente, insbesondere in den Angeboten der Integration, mit denen die Stadt Braunschweig aktiv handeln kann.

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig meistert diese Aufgabe sehr bedacht und den teils chaotischen Umständen entsprechend sehr gut. Den vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebührt ein großer und herzlicher Dank. Wichtige und richtige Entscheidungen werden herbeigeführt. Die Herausforderungen werden angepackt.

Vor diesem Hintergrund formuliert der Kreisverband Bündnis 90/ Die Grünen nachfolgende Anforderungen für eine Integration mit Teilnahme und Teilhabe in der Braunschweiger Kommunalpolitik:

Versorgung und Organisation in der Erstaufnahme

Weil die medizinische Grunduntersuchung nicht so zügig erfolgt wie die Registrierung, verzögert sich die Verteilung der Geflüchteten, was zu Überbelegung der LAB beiträgt. Das hervorragend arbeitende Gesundheitsamt soll entlastet werden.

Die Raumnot der LAB muss mit höchster Priorität beseitigt werden. Die Stadt Braunschweig erhält unsere größte Unterstützung, in enger Kooperation mit dem zuständigen Land Niedersachsen geeignete Gebäude zur Unterbringung von Geflüchteten zu suchen. Im nahenden Winter können und dürfen keine Geflüchteten in Zelten im Freien untergebracht werden. Dafür kommen aus unserer Sicht auch dezentrale Lösungen in Betracht, sofern zeitnah im unmittelbaren Umfeld der LAB keine geeigneten Flächen hergerichtet werden können.



Bild: [Creative Commons](#) BY-SA 3.0, Heinrich-Böll-Stiftung, Fotograf Stephan Röhl

Wohnungen für neue Bürgerinnen und Bürger in Braunschweig

Braunschweig wird viele hundert Geflüchtete dauerhaft aufnehmen. Zur Erstunterbringung werden auch Sporthallen belegt. Vereins- und Schulsport sind dann unter Umständen für den Zeitraum einiger Monate nicht oder nur eingeschränkt möglich. Statt Menschen im Winter frieren zu lassen, ist diese Einschränkung vertretbar. Wir werben dafür deshalb für Verständnis. Es ist unser aller Interesse, unseren Neubürgern so schnell wie möglich andere Wohnmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Schließung von Sporthallen wird nicht dauerhaft erfolgen.

Mittelfristig sind viele kleine dezentrale Orte zur dauerhaften Unterbringung der Menschen einzurichten. Das erhöht die Chancen einer guten Einbindung der Menschen in die gesellschaftlichen Strukturen der Stadt. Wir begrüßen deshalb die vorgestellte Idee der Verwaltung, wonach in allen Stadtteilen der Stadt Braunschweig nach geeigneten Flächen für Unterkünfte gesucht wird. Eine frühzeitige Bürgerinformation und die Vorstellung von Integrationsmaßnahmen in den Stadtteilen sind eine notwendige Voraussetzung, die Braunschweigerinnen und Braunschweiger mitzunehmen.

Die Wohnungspolitik der Stadt Braunschweig hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 6000 neue Wohneinheiten in Mehrfamilien- und Einzelhäusern zu schaffen. Diese Aufgabe muss mit höchster Priorität in der Verwaltung verfolgt werden. Nur dann werden wir die zusätzliche Nachfrage auf dem Braunschweiger Wohnungsmarkt mittelfristig befriedigen. Entsprechend sind die personellen und finanziellen Ressourcen in der Stadtplanung sowie der Bauverwaltung vorzuhalten.

Darüber hinaus können und dürfen wir nicht die Augen verschließen, dass es insbesondere im Segment der günstigen Wohnungen eine zunehmende Konkurrenz zwischen den bestehenden einkommensschwachen Haushalten und der neuen Nachfrage durch Geflüchtete kommen wird. Wir Grünen fordern deshalb, dem Segment des preisgünstigen Geschosswohnungsbau ein stärkeres Gewicht gegenüber dem Eigenheimbau zu geben und somit dem wachsenden Druck in diesem Wohnungssegment entgegenzuwirken.

Qualifizierung der Neubürgerinnen und -bürger für den Arbeitsmarkt

Die Menschen kommen aus sehr unterschiedlichen Staaten mit völlig unterschiedlichen Bildungs- und Wertesystemen. Es gibt hochqualifizierte Menschen unter den Geflüchteten. Die Mehrheit der Geflüchteten konnte oder durfte jedoch in ihren Heimatländern keine gute Ausbildung genießen. Die Bildungsstände differieren dabei zusätzlich zwischen Frauen und Männern. Häufig war es Frauen verwehrt, Bildungseinrichtungen zu besuchen.



Bild: [CreativCommons](#) BY-SA 3.0
Heinrich-Böll-Stiftung, Fotograf Stephan Röhl

Oberstes Ziel muss es sein, dass wir uns alle verständigen können. Deshalb kommt dem Erlernen der deutschen Sprache eine Schlüsselposition zu.

Erst über die Sprache öffnen sich auch Möglichkeiten, an Bildungs- und Qualifizierungsprogrammen teilzunehmen. Dann können wir die Menschen auf ihrem langen und mit Sicherheit auch anstrengenden Weg begleiten: Bildung nachzuholen, lernen zu lernen und sich für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Das wird die Voraussetzung dafür sein, eine erfolgreiche und gewinnbringende Integration zu ermöglichen. Das bedarf einer guten Koordination durch die Stadt

Braunschweig. Nicht alle Förderangebote sind zielführend. Für verschiedene Zielgruppen sind spezifische Angebote (z.B. Frauen, jungen Männern, Menschen mit spezifischen Kenntnissen, u.v.m.) vorzuhalten. Wenn z.B. Kursangebote von Frauen nicht angenommen werden, sollte für Kinderbetreuung gesorgt und Einstiegskurse nur für Frauen und mit weiblichen Lehrkräften angeboten werden. Natürlich sollte in den Kursen so schnell wie möglich wieder zur gemeinsamen Beschulung von Frauen und Männern zurückgekehrt werden, die den Werten unserer Gesellschaft entspricht. Wir müssen alle motivieren, die Bedeutung der Sprache als Schlüssel zur Teilhabe zu erkennen.

Es gibt keine allgemeingültigen Empfehlungen, wie „den Flüchtlingen“ eine Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden kann. Es wird jeder Einzelfall geprüft werden müssen. Dafür sind im Jobcenter, gemeinsam paritätisch betrieben von der Agentur für Arbeit und der Stadt Braunschweig, die personellen Kapazitäten zu schaffen. Darüber hinaus sind einfache Beschäftigungsprogramme einzurichten, um Arbeit anzubieten.

Eine Ausbildung im Rahmen des dualen Ausbildungssystems muss für geeignete Flüchtlinge möglich sein. Dafür müssen die gesetzlichen Regelungen angepasst werden. Die Ausbildungsbetriebe sind aufgefordert, sich selbst in Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden um geeignete Frauen und Männer zu bemühen. Ziel sollte die Integration in den geregelten Arbeitsmarkt sein. Bereits vorhandene Qualifikationen müssen zeitnah überprüft und ggf. anerkannt werden. Die Berufsbildenden Schulen müssen für diese neuen zusätzlichen Aufgaben ausreichend Personalstellen erhalten.

Die Prüfung und ggf. Anerkennung von beruflichen- und Bildungsabschlüssen muss neu geregelt werden. Dabei sind nachgewiesene praktische Kenntnisse mit einzubeziehen. Studienabschlüsse aus den Herkunftsländern und Tätigkeiten im Beruf müssen in besonderen Nachqualifizierungsprogrammen überprüft werden können. Die Nachqualifizierung muss kostenfrei ermöglicht werden.

Teilnahme und Teilhabe ermöglichen

Gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben ist das Ziel einer gelungenen Integration. Selbstverständlich sind die Werte und kulturellen Wurzeln der Menschen, die hier in Braunschweig ankommen, andere als unsere. Nur im direkten Austausch, in der Begegnung, können am besten Vorbehalte und Ressentiments abgebaut werden.

Die gesellschaftliche Integration wird nur gelingen, wenn wir die Sorgen und Ängste aller Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und Antworten finden. Eine besondere Herausforderung ist es, mit subjektiven Unsicherheiten umzugehen. Hier kann das moderierte Gespräch die größte Wirksamkeit entfalten. Darüber hinaus sind Angsträume aktiv zu beseitigen – dazu zählt auch, die Beleuchtung in der gesamten Stadt zu aktivieren und an besonders negativ behafteten Orten und Plätzen mit der bestehenden Präsenz der Polizei und darüber hinaus Streetworkern die gefühlte Sicherheit zu garantieren.

Wir sehen nicht darüber hinweg, dass es – wie in jeder Gesellschaft – eine kriminelle Minderheit auch innerhalb der Gruppe der Geflüchteten gibt. In unserem Rechtsstaat wird gegenüber Kriminellen, gleich welcher Herkunft, restriktiv gehandelt. Die große Mehrheit der geflüchteten und vertriebenen Menschen ist nach allen Erfahrungen nicht kriminell!

Herausragend ist das gesellschaftliche Engagement der Braunschweigerinnen und Braunschweiger. Es zu bündeln und möglichst zielgerichtet auf die Bedarfe der Geflüchteten abzustimmen, ist eine große Herausforderung. Es gilt, die Vielzahl der bestehenden Angebote – kommerzielle wie ehrenamtliche – aufzuzeigen, zu würdigen, gezielt zu unterstützen und zu koordinieren.

Von hoher Bedeutung ist eine zentrale Organisation für beide Seiten: den Bürgerinnen und Bürgern, die materielle und persönliche Hilfe (Begleitung, Begegnung, Sprachbildung, etc.) anbieten wollen und Menschen, die Hilfe und Unterstützung suchen, wenn sie ein neues Leben in unserer Stadt beginnen. Die Anlaufstelle oder sogar dezentrale Anlaufstellen können von der Stadt in Zusammenarbeit mit den etablierten Hilfsorganisationen professionell aufgebaut werden. Was wir brauchen ist eine neue Form der aufsuchenden Gemeinwesenarbeit auf Stadtteilebene.

Patenschaften und Vereinswesen stärken

Bürgerinnen und Bürger können Patenschaften übernehmen, die Vormundschaft für minderjährige dauerhaft hier lebende geflüchtete Kindern und Jugendliche tragen, und sich in zahlreichen Gruppen und Vereinen engagieren. Patenschaften oder ähnliche Projekte für Freiwillige müssen dabei zwingend vorbereitet und professionell von erfahrenden Einrichtungen begleitet werden.

Unseren Braunschweiger Vereinen sozialen und religiösen Einrichtungen kommt die besondere

Bedeutung zu, in ihren Strukturen für Vielfalt und die Aufnahme von neuen Bürgerinnen und Bürgern zu werben. Die Stadt kann sinnvolle Unterstützung leisten, indem sie interkulturelle Trainings für die Vereinsarbeit anbietet.

Orte der öffentlichen Begegnung

Wir brauchen öffentliche Orte der Begegnung. Dazu gehören attraktive Plätze mit hoher Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum in der Innenstadt wie in den Stadtteilen genauso wie offene Institutionen, die uns einladen, einen Einblick in uns fremde Kulturen und Religionen gewähren. Stadtteilstefte oder thematische Feste in der Innenstadt ermöglichen ebenfalls wertvolle Räume der Begegnung und Kommunikation. Die zahlreichen in Braunschweig organisierten ethnischen und kulturellen Gruppen haben dabei Zugänge, die wir sinnvoll einbinden wollen. Eine institutionelle Förderung für die interkulturelle Arbeit muss deshalb unverändert bestehen bleiben bzw. in einigen Bereichen deutlich erhöht werden.



Bild: [Creative Commons BY-SA 2.0](#)
Heinrich-Böll-Stiftung, Fotograf Stephan Röhl

Darüber hinaus sind unsere kulturellen Einrichtungen in der Stadt besonders gefordert. Vom Staatstheater bis zur Kunstschule, von der Musikschule über das städtische Museum bis zu Radio Okerwelle – um eine kleine Auswahl zu nennen: welche (auch mehrsprachigen) Angebote können unterbreitet werden, welche Projekte können initiiert werden, um die Begegnung von alten und neuen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zu fördern? Der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt. Allen dauerhaft hier lebenden Geflüchteten wird der Braunschweig Pass ausgehändigt – selbstverständlich gehört dazu ein mehrsprachiges Informationsangebot.

Wenn wir die Geflüchteten aus vielen Teilen der Welt erreichen wollen, sind einfach formulierte Informationen und Einladungen mehrsprachig anzubieten. Die Stadt Braunschweig kann hier den Beitrag leisten, für die Vereine und Institutionen ihre Einladungen und Informationen in die wichtigsten Sprachen zu übersetzen.

Integration braucht Zeit und Ressourcen

Integration ist ein langer und anstrengender Prozess. Braunschweig wird sich verändern. Neue kulturelle Einflüsse werden sichtbar werden. Alle Institutionen, Vereine und religiösen Einrichtungen, Verwaltung und freiheitlich demokratische Parteien sind aufgefordert, ihren Beitrag zur Integration der neuen Bürgerinnen und Bürger zu leisten. Wir werben dafür, ihnen hilfsbereit und offen zu begegnen.

Der Kreisverband und die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen setzen auf:

- die Weiterentwicklung des bestehenden Integrationskonzeptes der Stadt Braunschweig und die Bereitstellung von finanziellen und personellen Ressourcen,
- die Einrichtung von geeignetem Wohnraum für unbegleitete, minderjährige Geflüchtete,
- eine schnelle Immobilienauswahl und Vorbereitung für die Unterbringung von Geflüchteten im Notfall (Massenunterkünfte),
- die Erweiterung des schon aufgelegten Wohnungsbauprogrammes für zugewiesene Geflüchtete. Für sie muss schnellstmöglich angemessener Wohnraum geschaffen werden. Dabei muss auf eine gute Verteilung im Stadtgebiet geachtet werden, damit die Integration gelingt.
- die Prioritätensetzung in der Ausweisung von Bauland und der Bearbeitung von Bauanträgen im preisgünstigen Mehrfamilienhausbau. Das bedarf ausreichender personeller Kapazitäten im Bau- und Umweltschutzdezernat.
- den Aufbau einer qualifizierten und zielgruppenspezifischen Sprachförderung,
- die Rücknahme des Ratsbeschlusses zur Reduzierung der Straßenbeleuchtung,
- den gezielten, temporären Einsatz von Polizei und Streetworkern an Orten, wo das subjektive Sicherheitsgefühl von Bürgerinnen und Bürgern sinkt,
- Ausbildung im Rahmen des dualen Ausbildungssystems für geeignete Geflüchtete. Dafür sind die gesetzlichen Regelungen anzupassen. Bereits vorhandene Qualifikationen müssen zeitnah überprüft und ggf. anerkannt werden.
- den Aufbau einer aufsuchenden, stadtteilbezogenen Gemeinwesenarbeit unter Einbeziehung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort,
- die Anerkennung eines besonderen Schutzbedürfnisses von Frauen und Mädchen. Entsprechende Maßnahmen sind zu ergreifen,
- Angebote für interkulturelle Trainings- und Konfliktmanagement in Vereinen, sozialen und religiösen Einrichtungen sowie ein kostenfreies Übersetzungsangebot für Informationen und Einladungen,
- die Ausgabe des Braunschweig Pass an alle dauerhaft hier lebenden Geflüchtete mit mehrsprachigen Erklärungen.

Es gibt mit Sicherheit noch zahlreiche weitere Maßnahmen und Projekte, die die genannten Ziele unterstützen. Weitere Anregungen geben Sie uns gern unter info@gruene-braunschweig.de

Am Ende steht: Auch unter den Vorzeichen knapper finanzieller Ressourcen dürfen Maßnahmen zur Integration und Unterstützung der Geflüchteten jetzt nicht ausbleiben, weil wir langfristig von den Investitionen heute profitieren werden. Wir müssen jetzt die Weichen stellen. Dann wird das friedvolle und gemeinsame Miteinander in unserer Stadt langfristig gesichert.

Braunschweig, 19. November 2015
Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen Braunschweig